

3. Hans Hofbauer und Hermine Kraft: Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit. Betriebs- und Berufswechsel nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB 1/1974, S. 44 ff.
4. Gerhard Kühlewind; Dieter Mertens; Manfred Tessaring: Zur

drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt (unveröffentlichtes Manuskript, Dezember 1975).

5. Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufliche Aus- und Fortbildung 1974, Wiesbaden und Bonn 1975.

Interview

Politik aus christlicher Verantwortung selbst machen

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei Josef Taus

Josef Taus wurde nach dem Unfalltod von Karl Schleiner, Ende Juli 1975, zum Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei gewählt. Seine Berufung an die Spitze der „österreichischen CDU“ löste große Hoffnung auf einen günstigen Wahlausgang bei den Nationalratswahlen im Oktober 1975 aus. Die ÖVP verlor die Wahlen dennoch eindeutig an den Sozialisten und „amtierenden“ Bundeskanzler Bruno Kreisky. Taus hatte, als er an die Spitze der ÖVP trat, eine bemerkenswerte Karriere als Bankier hinter sich, gleichzeitig gilt er als ein entschiedener Vertreter des sozialen Katholizismus und in dieser „Mischung“ als neuer Typ eines christlich geprägten Politikers. Zum Verhältnis von Kirche und Politik hat er jüngst durch das Stichwort „politischer Katholizismus“ Aufsehen erregt. Wir interviewten Josef Taus zur Person und Sache. Seine Antworten werfen über Österreich hinaus manches Schlaglicht auf die Situation und die programmatische Diskussion in den christlich-demokratischen Parteien und auf deren Verhältnis zu ihren Antipoden: den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas. Gesprächspartner war Fritz Csoklich.

HK: Herr Dr. Taus, Sie kommen aus der Wirtschaft, Sie sind Bankier gewesen, gleichzeitig liegt Ihr geistiger Ausgangspunkt in der christlichen Sozialreform. Wie beurteilen Sie selbst diese bemerkenswerte Mischung, jetzt, da Sie als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in der aktiven Politik eine Spitzenfunktion innehaben?

Taus: Ich weiß nicht, ich finde das gar nicht so eigenartig. Ich habe meinen Beruf gehabt, ich habe in meinem Beruf Karriere gemacht, wenn man das so nennen darf. So was soll für eine politische Funktion in der Demokratie nicht schlecht sein. Ich habe als 18jähriger nach dem Abitur, wie man in der Bundesrepublik sagt, zu arbeiten begonnen,

im Kreditapparat, nebenher habe ich studiert und auch andere Berufe gehabt, so war ich u. a. Journalist.

HK: Sie haben Jus und Welthandel studiert.

Taus: Ja. Dann bin ich in die Nationalökonomie gegangen und habe als Theoretiker gearbeitet. Ich war im österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, das in Österreich eine sehr angesehene Institution ist, außerdem habe ich während meines ganzen Berufslebens publizistisch gearbeitet, in der Regel in einschlägigen Fachbereichen.

HK: Hauptberuflich haben Sie ja in der amtlichen „Wiener Zeitung“ begonnen?

Taus: Nein, nein. Schon früher habe ich in Banken begonnen, zuerst in der Postsparkasse. Sehr früh bin ich auch mit der Industrie in Kontakt gekommen. Politisch habe ich ebenfalls sehr früh begonnen, und zwar in einer Teilorganisation der ÖVP, im Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB). Dort bin ich sehr jung wirtschaftspolitischer Referent geworden und mit sieben- oder achtundzwanzig Jahren Mitglied des Bundesvorstandes. Sehr intensiv mitgearbeitet habe ich auch im Institut für Sozialpolitik und Sozialreform, das der angesehene ÖVP-Abgeordnete Dr. Karl Kummer geleitet hat, und ich war außerdem in der Fraktion christlicher Gewerkschafter tätig.

„Ich habe nie vorgehabt, professionell in die Politik zurückzugehen“

HK: Dr. Karl Kummer war ein besonderes Vorbild für Sie?

Taus: Ja, man kann sagen, er war ein Mentor für eine ganze Gruppe junger Leute, auch für mich. Kummer war nicht nur ein politischer Praktiker, er war ein ganz ausgezeichneter Arbeitsrechtler, ein glänzender Jurist, und er hatte auch als Sozialpolitiker im Rahmen der ÖVP Format in praktischer und theoretischer Hinsicht.

HK: Er hat nach 1945 in wesentlicher Weise die Grundzüge christlicher Sozialreform in Österreich weitergeführt.

Taus: Dr. Kummer war Jahre hindurch ein politischer und intellektueller Konzentrationspunkt vieler Menschen, die sich christlicher Politik zuzählten. Als Nachfolger von Dr. Kummer bin ich formell immer noch Obmann des nach ihm benannten Instituts.

HK: Sie sind dann in die Girozentrale gekommen ...

Taus: Ja, schon sehr früh. Ich habe damals schon einen kleinen Namen als Theoretiker gehabt und trat sehr jung, als knapp 25-jähriger, in die Girozentrale ein. Mit knapp 30 Jahren bin ich Prokurist geworden. Ich habe dann begonnen, den größten österreichischen Investmentfonds aufzubauen, dessen Geschäftsführer ich war. Parallel dazu bin ich immer politisch tätig gewesen, und schon recht jung, mit 27 oder 28 Jahren, wurde ich Berater österreichischer Finanzminister. Gleichzeitig habe ich ziemlich viel publiziert. Ich habe später ziemlich viel im Ausbildungswesen der Sparkassen-Organisation gearbeitet und gleichzeitig im Ausbildungswesen der Volkspartei. Da habe ich sehr viele bildungspolitische Programme durchgeführt. In der katholischen Sozialakademie war ich als Dozent für Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft tätig. 1966, nach dem Wahlsieg der ÖVP, bin ich als Staatssekretär in die Regierung Klaus gekommen und war verantwortlich für die verstaatlichte Industrie.

HK: Sie waren das jüngste Regierungsmitglied ...

Taus: Damals ja. Meine Aufgabe war es, die verstaatlichte Industrie zu reorganisieren. Dazu war ein eigenes Gesetz notwendig. Dieses wurde beschlossen zusammen mit einer Reihe anderer Maßnahmen. Ich bin dann in die Girozentrale zurück, wo ich so was wie ein „Kronprinz“ gewesen bin und wo man nicht so übertrieben glücklich gewesen ist, daß ich in die Regierung gegangen bin.

HK: Sie sind nach einem Jahr aus dem Kabinett Klaus wieder ausgeschieden, gab es da Meinungsdivergenzen mit Kanzler Klaus?

Taus: Nein, überhaupt nicht. Ich bin vielmehr Aufsichtsratsvorsitzender der Holdinggesellschaft für die verstaatlichte Industrie geworden, 1967, und das bin ich geblieben, bis ich im Vorjahr zum Bundesparteiobmann der ÖVP gewählt wurde. 1968 bin ich zum Generaldirektor der Girozentrale bestellt worden, ich war somit Vorstandsvorsit-

zender dieses Instituts und bin das bis Oktober 1975 geblieben. Als ÖVP-Parteiobmann habe ich diese Funktion zurückgelegt.

„Ich habe meine Meinung nicht geändert“

HK: Aber schon 1970, nach der schweren Wahlniederlage der ÖVP, die der Sozialistischen Partei die absolute Mehrheit brachte, wurde ja an Sie herangetreten, ob Sie nicht zu einer Kandidatur als ÖVP-Bundesparteiobmann bereit wären.

Taus: Das ist richtig, doch habe ich nie vorgehabt, professionell in die Politik zurückzugehen. Natürlich, ich war immer auch politisch tätig. Ich war Obmannstellvertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes der ÖVP, ich war Finanzreferent dieses Bundes, und ich habe mich der Partei immer zur Verfügung gestellt, wenn man von mir etwas wollte. Ich war aber beruflich gewaltig ausgelastet. Ich hatte die für österreichische Verhältnisse sehr große Bank zu leiten samt ihren weiten internationalen Verpflichtungen, und ich hatte außerdem eine wichtige Position in der verstaatlichten Industrie. So fühlte ich mich voll ausgeschöpft.

HK: In diesem Zusammenhang war aber Ihre Bemerkung während des ÖVP-Parteitagess 1970 aufsehenerregend, als sie sagten, Sie könnten eine Kandidatur als VP-Parteiobmann nicht annehmen, weil die Partei zu konservativ für Sie sei.

Taus: Das stimmt auch, das war meine Überzeugung. Das ist auch richtig so gewesen, und ich habe meine Meinung nicht geändert. 1970 war ich nicht der Ansicht, daß ich der richtige Mann an der Spitze der Partei gewesen wäre. Und ich habe nie etwas übernommen, wenn ich nicht das Gefühl hatte, daß ich die Sache auch einigermaßen ausfüllen kann. Der Stil, den wir jetzt in der Partei pflegen, zeigt in jedem Fall sehr deutlich an, was sich da geändert hat.

HK: Sie waren mittlerweile immer noch Generaldirektor der Girozentrale, des zweitgrößten österreichischen Kreditinstituts.

Taus: Vielleicht schon das größte, wie man sich's halt erzählt. Aber das ist egal und nicht so wichtig in diesem Zusammenhang. Wichtig war, daß ich angesichts der schweren Lage der Partei nicht mehr geglaubt habe, mich einer solchen Kandidatur entziehen zu können. Und so habe ich mich auch bereit erklärt, in den engen Kreis von acht Politikern um Parteiobmann Dr. Karl Schleinzer hineinzugehen, die den Wahlkampf für den 5. Oktober 1975 in erster Linie tragen sollten.

HK: Die sogenannten „jungen Löwen“ ...

Taus: Das war so ein Name. Dabei war von Jugend nur mehr wenig die Rede, denn der Jüngste dieser Gruppe war unser jetziger Generalsekretär der Partei, Dr. Erhard Busek, von ihm konnte man wirklich sagen, daß er jung ist. Alle anderen waren bereits erfahrene, langjährig Tätige in der Politik, die zusammen mit Dr. Schleinzner das Wahlkampfteam gebildet haben. In dieser Gruppe herrschte eine gute Stimmung, obwohl wir alle überzeugt waren, daß uns ein sehr schwerer Wahlkampf bevorstehen würde. Wir haben das auf uns genommen, weil wir wußten, worum es geht.

„Die ÖVP war immer mehr als eine christlich-demokratische Partei“

HK: Dann kam es zu dem plötzlichen Unfalltod von Parteiohmann Karl Schleinzner, und Sie sind am 31. Juli des Vorjahres zu seinem Nachfolger gewählt worden.

Taus: In dieser Situation gab es für mich kein Herumreden und kein Diskutieren. Die Partei hat zu mir gesagt: Bitte schön, du hast uns schon einmal gesagt, in der jetzigen Situation geht das nicht mehr. Das habe ich eingesehen, genauso wie ich ein paar Monate vorher eingesehen habe, daß ich für den Nationalrat kandidieren mußte. Für mich persönlich hat es keine Wahl gegeben. Und so bin ich am 31. Juli 1975 in den bereits laufenden Wahlkampf hineingeraten, der auf jemand ganz anderen zugeschnitten war. Ich habe die Partei auf die Risiken dieser Entscheidung aufmerksam gemacht. Die Partei hat gesagt, nein, ich solle es trotzdem tun, und ich habe es getan.

HK: Die Entscheidung der Partei für Sie wurde gewiß durch den Umstand erleichtert, daß Sie einerseits immer in Schlüsselpositionen der Wirtschaft tätig waren, andererseits aber enge Verbindung zur Arbeiterschaft hatten.

Taus: Ja, ganz stark. Das ist immer so gewesen. Ich fühle mich bis heute der Arbeitnehmerbewegung eng verbunden. Das hat sicher auch mit meiner Herkunft zu tun, ich mache da nie ein Hehl daraus. Ich stamme eben aus einer Arbeiterfamilie. Das alles spielt hier ohne Zweifel zusammen. Trotzdem war diese Wahl für die Partei ein gewaltiges Risiko. Aber niemand hatte Zeit zum Taktieren. Wenn drei Monate vor einer entscheidenden Wahl der Spitzenkandidat und Parteichef stirbt, dann gibt's nichts mehr zum Taktieren. Dann ist nichts mehr zu überlegen. Dann müssen blitzschnelle Entscheidungen fallen. Und ich war immer der Auffassung, wenn man sich einer Gesinnungsgemeinschaft zuzählt, dann gibt es Situationen, in denen man halt einfach antreten muß, und genau das habe ich getan. In einer anderen Situation, da bin ich überzeugt, hätte ich mir die Dinge sicher noch überlegt.

HK: Am 5. Oktober 1975 folgte dann die Nationalratswahl, und die Sozialistische Partei Österreichs eroberte abermals die absolute Mehrheit.

Taus: Es war das gleiche Wahlergebnis wie 1971, und das gleiche Wahlergebnis wie 1971 muß ich als Niederlage unserer Partei interpretieren. Das kann man überhaupt gar nicht anders sehen.

HK: Wie sehen Sie nun vor dem Hintergrund dieser Wahlniederlage die Zukunft der ÖVP als christlichdemokratische Partei?

Taus: Nun, zunächst muß man wohl sagen, daß die ÖVP mehr als eine christlichdemokratische oder christlich-soziale Partei ist. Gewiß, sie hat einen ganz starken christlich-sozialen Kern, und dieser macht gewiß die Mehrheit unserer Wählerschaft aus. Ich würde das so über den Daumen mit 55–60% unserer Wähler ansetzen. Es gibt auch kein Konzept der Volkspartei, in dem nicht die Politik aus christlicher Verantwortung eine bestimmende Rolle gespielt hätte. Andererseits ist es aber doch wichtig, daran zu erinnern, daß die ÖVP im Jahr 1945 das „hohe C“ in ihren Namen nicht aufgenommen hat.

HK: Dieser Entschluß war von historischer Bedeutung, er ist wohl mehr als nur die Weglassung eines Buchstabens. Vor allem fällt der Unterschied zur CDU/CSU in der Bundesrepublik und zu den Democristiani in Italien auf.

Taus: Ich habe mich sehr genau mit der Geschichte dieses Beschlusses beschäftigt, weil das für die Partei wichtig ist und weil es vor allem für mich jetzt als Parteiohmann wichtig ist, weil man ja die Linie der Tradition für die Entwicklung der Partei nicht außer acht lassen darf. Und so kann man wohl mit Recht sagen: Die Österreichische Volkspartei war der bewußte Versuch, die Versöhnung des christlich-sozialen mit dem liberalen Lager in Österreich herbeizuführen.

HK: Das war im April 1945 in Wien.

Taus: Ja. Und bei dem Gründungsakt der ÖVP ging man ganz bewußt von der Überlegung aus, daß die Christlich-sozialen einen Weg der Verständigung mit den Liberalen finden müßten. Daher auch der Name „Österreichische Volkspartei“.

HK: Ist also das „hohe C“ damals, noch während des Krieges und unter der sowjetischen Besatzung, nicht nur aus Gründen der Anpassung weggelassen worden, sondern aus sehr grundsätzlichen Überlegungen?

Taus: Die Partei sollte von allem Anfang an breiter sein, und das hat dann auch wunderbar funktioniert. Das war für Österreich eine immense politische Entscheidung, deren Tragweite man erst jetzt, 30 Jahre später, voll abschätzen kann. Und so haben immer wieder prominente Vertreter des liberalen Lagers in der ÖVP tragende politische Funktionen gehabt. Ich nenne nur Prof. Kamitz, Prof. Gschnitzer, den Landwirtschaftsminister Thoma, den prominenten Agrarpolitiker Schumy. Das waren alles

Leute, die politisch und weltanschaulich dem liberalen Lager in Österreich zuzuzählen waren, das ja in Österreich eine lange Tradition hatte. Dies ist in den letzten Jahren etwas in Vergessenheit geraten, und ich möchte daran wieder erinnern, gerade ich, der ich – nahezu lupenrein – aus dem katholischen Lager komme.

HK: Ist das aber nicht eine durch die jetzigen Verhältnisse etwas verzerrte Deutung? Zur Zeit wirbt ja bei uns jede Partei um die Liberalen. War es nicht so, daß 1945 die ÖVP ein noch viel breiteres Image gehabt hat? Ich erinnere nur an das Wort des damaligen Bundeskanzlers Leopold Figl, der 1945 die ÖVP als „österreichische Labour Party“ bezeichnet hat.

Taus: In der Bundesrepublik war eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen, wenn ich an das Ahlener Programm der CDU denke. Dieses war ja den ersten programmatischen Aussagen der ÖVP sehr ähnlich, vielleicht war es, wenn ich diesen Ausdruck verwenden darf, noch progressiver. Aber sehr rasch setzte sich doch die Idee durch, daß es um die Liberalen geht. Wie bei vielen anderen christdemokratischen Parteien spielte nach dem Krieg auch in Österreich die Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle, und es haben sich die Neoliberalen durchgesetzt. Österreich wurde ebenso wie die Bundesrepublik unter neoliberalen Vorzeichen wieder aufgebaut, und das war, rückschauend betrachtet, eine völlig richtige Entscheidung. Das ganze Wirtschaftswunder, das Österreich genauso wie die Bundesrepublik erlebt hat, ist auf diesen Grundbeschluss zurückzuführen.

„Eine pluralistische Gesellschaft verträgt kein zentral gelenktes ökonomisches System“

HK: Ist aber nicht gerade dadurch der Reformwille im christlichsozialen Kernbereich Ihrer Partei mehr und mehr zurückgetreten? Hat nicht gerade auf Grund dieser Entwicklung dieser Wille zur Reform einem statisch denkenden Konservatismus verschiedener Ausprägung Platz gemacht?

Taus: Das sehe ich nicht so. Daß eine christdemokratische Partei traditionsbewußt ist, das ist nichts Neues. Die reformerische Kraft der Partei ist dadurch nicht geschwächt worden. Im Gegenteil. Ich glaube feststellen zu können, und ich werde das Meine dazu betragen, daß die reformerische Kraft in dieser Partei stark bleibt, ja wieder stärker wird, weil ich überzeugt bin, daß dies die Dynamik der Partei ausgemacht hat. Und genauso wie die Partei 1945 mit Ideen wie mit dem Wohnungseigentum neue Lösungen vorgeschlagen hat, genauso wird sie heute wieder antreten.

HK: Sie selbst haben in dem Sammelband „Die Zweite Republik Österreich“ die Entwicklung nach 1945 folgen-

dermaßen beschrieben: „Durch die Erfolge nach dem Krieg geriet der sozialreformatorische Flügel der Partei ins wirtschaftspolitische Hintertreffen, er wurde des Sozialromantizismus geziehen und damit verunsichert. Dadurch rutschte er innerhalb der ÖVP politisch stark ab, auch deshalb, weil die Angst so manchen ergriff, zu stark in die Nähe des SPÖ zu gelangen. Die raschen ökonomischen Erfolge der Wiederaufbau-Periode hatten den neo-liberalen Flügel der Partei trotz seiner zahlenmäßig geringeren Bedeutung die Wirtschaftspolitik dominieren lassen.“ Wie ist das also wirklich mit dem sozialreformerischen Flügel in Ihrer Partei? Gerade in den letzten Jahren war von ihm nicht viel zu bemerken.

Taus: Die gewaltigen Erfolge der Wirtschaftspolitik in Österreich, von denen unmittelbar nach dem Krieg kein Mensch zu träumen wagte, haben Überlegungen, daß in der Wirtschaftspolitik auch Ideen reformerischen Charakters aufgenommen werden sollten, in den Hintergrund gedrängt. Das ist gar nicht so unlogisch. Wenn ich mitten in einer Erfolgsperiode bin, dann brauche ich mein Instrumentarium nicht unbedingt durch neue Ideen anreichern. Das ist zwar vielleicht nicht immer das Klügste, aber es geschieht eben, weil Menschen ja nicht zu überfordern sind. Mittlerweile sind wir ja in eine andere wirtschaftspolitische Phase eingetreten. Die Zeit hoher Wachstumsraten scheint zunächst vorüber zu sein. Damit erhält die Wirtschaftspolitik eine ganz andere Dimension. Es geht um Systemfragen, es wird die Systemdiskussion ausbrechen. Bundeskanzler Bruno Kreisky hat in der ihm eigenen vorsichtigen Art, weil er sich ja immer als ein sehr gemäßigter Mann darstellen möchte, schon davon gesprochen, daß unser Wirtschaftssystem die Probleme nicht mehr lösen kann. Daß es um eine „Systemüberwindung“ geht. Nun regieren doch die Sozialisten lange genug, und sie regieren in wichtigen europäischen Ländern. Vielleicht haben sie das System überfordert, um jetzt sagen zu können, daß es nicht funktioniert? Es wird also um sehr entscheidende Fragen gehen, etwa um diese: Brauchen wir mehr zentrale Lenkung, oder bleiben wir bei dezentralisierten Investitions- und Produktionsentscheidungen?

HK: Waren aber nicht gerade in diesen Fragen die Christlichsozialen alter Schule bemerkenswert radikal?

Taus: Selbst die extremsten Flügel christlicher Sozialreformer haben das Privateigentum an Produktionsmitteln akzeptiert. Auch die in den dreißiger Jahren als sehr radikal empfundene Wiener Schule der Sozialreformer, zu denen beispielsweise Prof. Lugmayer gehört hat, verlangte nie eine Zentralisierung von Investitions- und Produktionsentscheidungen. Eine pluralistische Gesellschaft verträgt kein zentral gelenktes ökonomisches System. Das sind miteinander unvereinbare Dinge. Es gibt bislang keinen logischen Weg, diese beiden Bereiche zusammenzuführen. Der deutsche Sozialdemokrat Ehmke hat gesagt: „Ich glaube, wir dürfen uns nicht vormachen, es sei ein historischer Zufall, daß totale Planungssysteme bisher nur

in Ein-Parteien-Diktaturen versucht und praktiziert worden sind. Sondern wir müssen uns überlegen, wie man mehr Lenkung mit mehr Mitbestimmung an der Basis vereinbaren kann. Darauf ist die Antwort noch nicht gefunden.“ Das ist ein ungeheures ideologisches Dilemma.

HK: Worauf führen Sie es zurück, daß die Sozialdemokraten trotz dieses ideologischen Dilemmas, wie Sie es nennen, in den ausgehenden sechziger Jahren in wichtigen europäischen Ländern diese Erfolge erzielen konnten? Gibt es da gemeinsame geistige Entwicklungslinien, oder sind es eher historische Zufälligkeiten?

Taus: Ich kann mir den Erfolg der Sozialdemokraten schon erklären. Dieser Erfolg ist von der Bundesrepublik ausgegangen, und er ist im „Godesberger Programm“ vorprogrammiert worden. Ich halte dieses Programm für eine taktische Variante auf dem Weg zur Macht. Viele deutsche Sozialdemokraten und auch viele deutsche Wähler werden an dieses Programm geglaubt haben. Ich halte es für ein taktisches Programm, und an seiner Wiege stand u. a. Herbert Wehner. Es gibt da ein hochinteressantes Zitat Wehners im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm. Wehner meinte, es sei gesagt worden, für die Arbeiter sei das Programm zuwenig. Dies würde er freimütig überall eingestehen, sagte Wehner. Er halte aber den Durchbruch zu einer Demokratie für entscheidend, in der die Sozialdemokraten das stärkste, lebendigste und zukunftsträchtigste Element darstellen, es gehe um etwas, das für die Sozialdemokraten immer so wesentlich war: „die politische Macht erringen“. Der französische Theoretiker André Gorts hat das noch klarer ausgedrückt. Er schrieb: „Eine sozialistische Strategie der Reformen muß sich vornehmen, das Gleichgewicht des Systems zu brechen und diesen Bruch auszunützen, um den revolutionären Prozeß des Übergangs zum Sozialismus auszulösen.“ Das ist ein sozialdemokratischer Theoretiker. Ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl der sozialistischen Wähler so was nicht akzeptiert. Aber ich muß mich mit den Theoretikern auseinandersetzen. Die interessieren mich ungeheuer, denn das, was die heute denken, das ist die Politik von morgen.

„Die sozialistischen Parteien haben ihre theoretischen Grundlagen versteckt“

HK: Wieso konnten diese sozialistischen Theorien eine solche Breitenwirkung erhalten? Wieso ist es zu dieser „Klimaänderung“ Ende der sechziger Jahre gekommen?

Taus: Diese Theorien haben keine Breitenwirkung gehabt, ganz im Gegenteil. Die sozialistischen Parteien haben ihre theoretischen Grundlagen versteckt. Sie haben sich als Volksparteien dargestellt und haben die positiven Seiten des Humanismus, des Fortschritts einfach besetzt gegenüber den christdemokratischen Parteien. Diese haben den Prozeß gar nicht richtig erkannt. Außerdem waren sie ab-

genützt durch lange Regierungsperioden, sie sind in manchen Bereichen sicher versteinert gewesen. Und dann kam die gewaltige Erfolgswelle der Sozialdemokratie in Europa. Ihre Basis war eine Doppelstrategie: Nach außen hin sowenig Sozialismus zu zeigen wie nur möglich, um neue Wählerschichten nicht zu verschrecken, während sich an der Grundposition dieser Parteien nichts geändert hat. Ich zitiere nur eine Kreisky-Stelle aus den „Briefen und Gesprächen“ mit Brandt und Palme: „Die Gesellschaft, in der wir leben, muß in Frage gestellt werden, ohne das, was an großen politischen Errungenschaften in ihr enthalten ist, über Bord zu werfen. In einer solchen Situation muß man sich rechtzeitig frei machen von den in der kapitalistischen Ordnung wirkenden Kräften. Ich behaupte, es waren niemals die im Kapitalismus wirkenden Kräfte, die Krisen überwand, diesmal... muß der entscheidende Anstoß aus der politischen Verantwortung der Sozialdemokratie kommen. Wir befinden uns, so glaube ich, in der Anfangsphase einer Renaissance des planwirtschaftlichen Denkens. Es wird anders aussehen als früher und auf den Erfahrungen aufbauen, die wir gesammelt haben.“ Nun sagt aber Ehmke, daß die Sozialisten in diesem Punkt gar keine Erfahrungen gesammelt haben, daraus folgt ein andauerndes Pendeln und Schwanken, und das erzeugt die Unsicherheit in der Politik des Westens. Ich halte das für gefährlich.

HK: Aber wieso kam es zu einem so schnellen politischen Niedergang der christdemokratischen Parteien, die noch kurz zuvor eine so starke Position gehabt hatten? War es ihre ideologische Blutleere, oder sind diese Parteien zu restaurativ geworden, zu pragmatisch?

Taus: Es gibt keine monokausalen Erklärungen. Gewiß war es ein bestimmendes Moment, daß diese Parteien lange regiert haben. Zweitens war bei ihnen die Kraft zur Veränderung schwächer geworden. Drittens sind sie der ideologisch-weltanschaulichen Auseinandersetzung ausgewichen. Viertens: Diese Parteien waren mit der Ausübung des Regierungsamtes so beschäftigt, daß sie vielfach nicht gesehen haben, was rund um sie vorgeht. Ich glaube aber auch, daß das Konzil eine gewisse Rolle gespielt hat im Zusammenhang mit der weltanschaulichen Schwäche. Wirtschaftspolitisch kam der Neo-Liberalismus hinzu. Schließlich ist es den Sozialisten gelungen, die Idee der Neuerung auf ihre Seite zu ziehen. Die Zukunftsvision der Sozialisten hat gezogen. Trotzdem ist es nirgends zu einem Erdbeben gekommen. Es ist bei uns in Österreich, aber auch in der Bundesrepublik und in anderen Ländern zu relativ kleinen Verschiebungen gekommen, die die politische Landschaft in Europa verändert haben.

HK: Das ist natürlich ein schwacher Trost, denn es ist ja bekannt, daß bei Wahlen kleine Verschiebungen ausreichen, um große politische Folgen auszulösen.

Taus: Ich rede gar nicht von Trost. Was ich damit sagen möchte: Die Startrampe für den Wiederaufstieg der christ-

lichdemokratischen Parteien ist vorhanden. Den Menschen wird mehr und mehr bewußt, daß Weltanschauung und Systemüberlegungen für die Politik wichtig sind. Ich möchte das gar nicht „Ideologisierung“ nennen. Aber die christdemokratischen Parteien haben jahrelang den Fehler gemacht, den Menschen das System, das sie vertreten, nicht hinreichend plausibel zu machen. Dadurch sind sie als bloß pragmatische Parteien angesehen worden, und bei uns ist das böse Wort vom „Interessentenhaufen“ gefallen. Das ist keine Basis für die Politik. Es muß eine Partei durch das Band gemeinsamer Systementscheidungen verbunden werden. Das wird vielen Menschen wieder bewußt. Und das ist die Basis für einen neuen Aufstieg.

HK: Haben die christdemokratischen Parteien den Sozialisten nicht auch ganze Gebiete kampflos überlassen? Wenn ich nur an die Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder an die Emanzipation der Frau denke, so steckt doch bei aller möglichen Überziehung und Übertreibung in diesen Stichworten ein durchaus plausibler Ansatz? War es nicht fatal, diese Themen von vornherein als „links“ abzustempeln und sie damit den Sozialisten auszuliefern?

Taus: Ich kann Ihnen hier nicht widersprechen. Tatsächlich ist ja die Idee der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben aus dem christlich-reformerischen Lager gekommen. Es war die Idee, daß die soziale Verpflichtung des Eigentums, die Würde des Menschen die Mitbestimmung notwendig macht, auch im Betrieb, am Arbeitsplatz. Die Sozialisten haben zunächst einmal an einer solchen betrieblichen Mitbestimmung überhaupt kein Interesse gehabt. Sie haben Planwirtschaft, Zentralverwaltung vertreten. Die christdemokratischen Parteien hingegen sind auch nicht viel weiter gekommen in dieser Frage, obwohl die Idee aus ihren Reihen stammte. Es hat die politische Kraft zur Umsetzung in die Praxis gefehlt.

„Das gemeinsame weltanschauliche Band muß einfach dasein“

HK: Gibt es nicht noch einen sehr wichtigen Punkt: Daß sich die Sozialistische Partei mit großem Geschick als Arbeitnehmer-Partei, als Partei der Unterprivilegierten dargestellt hat, ohne dabei auf den systematischen Widerstand der ÖVP zu stoßen?

Taus: Ich glaube, daß dies ein richtiger Gedanke ist. Das ganze Ziel der Politik muß ja darin bestehen, daß Unterprivilegierte verschwinden. Eine Gesellschaft, die eine Mehrheit von Unterprivilegierten hat, ist keine demokratische Gesellschaft. Ich glaube, es war ein Fehler der ÖVP, daß sie nicht deutlich genug gemacht hat, wie sehr es ihr um die Mehrheit der Bevölkerung geht, um das tragende Element, das man als Mittelstand bezeichnen könnte.

HK: Was verstehen Sie unter Mittelstand?

Taus: Im klassischen Sinn umfaßte der Mittelstand die Gewerbetreibenden, die Bauern, einen Teil der Beamtenschaft, die freien Berufe. Dazu kommt heute ein wesentlicher Teil der Angestellten, ein großer Teil der Arbeiterschaft. Es ist die große tragende Schicht in der Mitte des Spektrums unserer Gesellschaft, die, wie ich glaube, schon 60 oder 65% der Gesamtbevölkerung ausmacht. In dieser Schicht zeigen sich große Ähnlichkeiten, was das Einkommen betrifft, den Lebensstil ausmacht, die Bildung und die Bildungsbedürfnisse. In dieser Schicht ist die Stabilität unserer demokratischen Gesellschaft begründet. Es kommt zu einer Entwicklung, die zur Überwindung alter Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern führt. Ein Gewerbetreibender unterscheidet sich ja von einem Angestellten vielfach überhaupt nicht mehr. Und bei einem Arbeiter, der qualifizierte Arbeit leistet, ist ein irreversibler Prozeß der Annäherung zu beobachten. Die christdemokratischen Parteien haben diesen Prozeß zu wenig zur Kenntnis genommen. Sie sind in klassischen Überlegungen haften geblieben. Das war ein politischer Fehler. So ist zum Beispiel die Glaubwürdigkeit der ÖVP in der wichtigen Frage der Vollbeschäftigung geringer als jene der Sozialisten, obwohl die ÖVP immer für eine Politik der Vollbeschäftigung eingetreten ist. Das bestätigt Ihre These, daß man da Fehler gemacht hat, und die muß man korrigieren.

HK: Was kann die ÖVP tun, um der Abstempelung als „Unternehmer-Partei“ zu entgehen?

Taus: Diese Abstempelung ist einfach falsch. Ich scheue mich freilich nicht, hier zu sagen, daß sehr viele Unternehmer die ÖVP wählen, und wir sind froh darüber. Gerade die unternehmerisch tätigen Menschen sind für die Effektivität unseres Systems außerordentlich wichtig, und dieses System bringt ja auch dem Arbeitnehmer mehr als jedes andere System. Das heißt aber nicht, daß wir in der ÖVP zur Wahrung der „Kapitalinteressen“ berufen wären – diese Kapitalinteressen sind heute auch schon im Bereich der Sozialistischen Partei so gewaltig und groß, daß alte Unterscheidungen einfach falsch und überholt sind. So ist die Formel „ÖVP = Unternehmerpartei“ einfach unvernünftig. Und wir werden alles tun, um weitere Programme zur Vermögensbildung zu entwickeln, wie wir auch alles tun wollen, um die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer zu stärken.

HK: Die ÖVP ist gegliedert in drei Bünde, in den Arbeiter- und Angestelltenbund, in den Bauernbund, in den Wirtschaftsbund. In der Vergangenheit hat es zwischen diesen Bündeln immer wieder scharfe Interessengegensätze gegeben. Wie werden Sie in Zukunft diese Gegensätze ausgleichen können, oder hoffen Sie, die Partei als ganzes „vergattern“ zu können?

Taus: In einer Partei, die so groß ist wie die ÖVP und die 700 000 Mitglieder hat, ist es selbstverständlich, daß es Diskussionen geben muß. Niemandem soll ein Maulkorb

umgehängt werden. Ganz im Gegenteil. Wohl aber gibt es einen Primat der Gesamtpartei, die ÖVP muß als ÖVP auftreten. Zweitens muß das gemeinsame weltanschauliche Band einfach dasein, und es ist da. Dann hat man Diskussionen nur noch innerhalb des Systems, das man vertritt, und nicht mehr prinzipiell verschiedene Positionen, die keine Partei aushalten würde. Funktion der Parteiführung ist es, prinzipielle Widersprüche zwischen einzelnen Teilen der Partei zu verhindern, und ich habe die Überzeugung, daß die Masse unserer Mitglieder, die Masse unserer Wähler diese Linie versteht.

„Wir haben die Kirche nie um Beistand angerufen“

HK: Sie haben vorhin eine interessante Bemerkung gemacht. Sie meinten, eine der Ursachen für die geistigen und politischen Änderungen der letzten Jahre sei das Zweite Vatikanische Konzil gewesen. Wie ist das zu verstehen?

Taus: Ich will das jetzt nur subjektiv interpretieren. Ich meine, es herrschte plötzlich Unsicherheit über bestimmte Grundlagen der katholischen Soziallehre, obwohl in dieser Richtung aus den Beschlüssen des Konzils gar nichts herausinterpretiert werden konnte. Das hat einige Jahre gedauert.

HK: Besteht Ihrer Meinung nach jetzt wieder größere Sicherheit in Fragen der katholischen Soziallehre?

Taus: Ich habe den Eindruck: ja. Wir haben heute ein viel realistischeres Verhältnis zur katholischen Soziallehre. Wir wissen, daß es sich um eine „Sollenslehre“ handelt und daß die praktische Ausformung der Grundsätze einfach unsere Aufgabe in der praktischen Politik ist. Unverrückbar sind aber die Aussagen über die Natur des Menschen geblieben, die sozialen Aussagen, die Aussagen über das Eigentum.

HK: Ist aber beim Konzil nicht Grundsätzlicheres geschehen, was das Selbstverständnis christlichdemokratischer Parteien berühren mußte? Von der Amtskirche wurde doch ausgesagt, daß sie im Bereich der politischen Mittel keinen direkten Auftrag hat. Das mußte doch zu Konsequenzen führen?

Taus: Das war in Österreich nach 1945 kein Problem. Obwohl unsere Partei, wie gesagt, einen so starken christlich-sozialen Kern bis heute hat, war es immer klar, daß es weder eine Parteikirche noch eine Kirchenpartei geben soll. Auch wir, die wir aus dem katholischen Lager kommen, haben die Kirche nie in eine parteipolitische Auseinandersetzung hineingezogen, wir haben die Kirche nie um Beistand angerufen.

HK: Es war manchmal eher umgekehrt.

Taus: Ja, aber darüber diskutieren wir jetzt nicht. Für uns war es klar, daß wir unsere Politik aus christlicher Verantwortung selber zu machen haben. Die Amtskirche sollte nicht mehr mit hineingezogen werden. Das lag in dem Gründungsbeschuß der ÖVP im Jahr 1945 schon drin, das war den Männern, die an der Wiege dieser Partei gestanden sind, sehr klar. Das wurde durchgezogen, daran wurde festgehalten in Österreich.

HK: Wurden aber in der Folge nicht manche Katholiken verunsichert? Gab es nicht immer wieder Wünsche von „unten“, die Amtskirche möge doch sprechen, etwa bei Bundespräsidentenwahlen, wenn ein Katholik gegen einen Konfessionslosen kandidierte?

Taus: Die ÖVP hat immer wieder gesagt, das ist Sache der Kirche. Die Kirche hat nicht gesprochen, und das war sicher wohlüberlegt und ihr gutes Recht. Eine andere, schwierige Frage nicht für die ÖVP, sondern für die Amtskirche ist es, wie sie sich zu ununterbrochenen Entscheidungen stellt, die Fragen der Sittlichkeit und die Gesellschaft in ihrer Substanz betreffen.

HK: Würden Sie öfter Stellungnahmen der Kirche in Österreich zu grundsätzlichen politischen Fragen wünschen?

Taus: Mir persönlich wäre es wichtig, wenn sich die Kirche sehr oft zu Wort melden würde. Das muß nicht zugunsten meiner Partei sein. Ich glaube, daß die westliche Welt das Wort moralischer Autoritäten braucht.

„Wir wollen nicht haben, daß irgendwo ein politisches Geschäft mit der Kirche gemacht wird“

HK: Meinen Sie also, die Amtskirche sollte häufiger und mit größerem Nachdruck sprechen?

Taus: Bestimmt sollte dies geschehen, auch dann, wenn es gar nicht der öffentlichen Meinung entspricht.

HK: Welche Themen fallen Ihnen da besonders ein?

Taus: Soziale Themen, Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Familie, denn heute sagen uns ja selbst religiös überhaupt nicht gebundene Verhaltensforscher und Soziologen, daß ein Ersatz für die Familie nicht vorhanden ist.

HK: Ist aber aus dem Kirchenverständnis des Zweiten Vatikanum der Amtskirche nicht eher Zurückhaltung in offiziellen Äußerungen zu politischen Entwicklungen anzuraten, sofern nicht zentrale Grundsätze auf dem Spiel stehen?

Taus: Ab wann stehen Grundsätze wirklich auf dem Spiel? Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß die Auffas-

sung der Kirche in bestimmten Bereichen immer gesagt werden muß, auch wenn es vielen nicht gefällt. Das sehe ich so. Ob das jetzt der ÖVP immer paßt, das ist eine sekundäre Frage. Gerade in einer Zeit, in der der Westen darunter leidet, daß seine Wertordnung von innen her ins Schwanken gerät, sollte sich die Kirche zu Wort melden.

HK: Sie haben das Stichwort des „politischen Katholizismus“ in Österreich in die politische Debatte eingebracht. Nun ist gerade dieses Wort auf Grund der Bürgerkriegssituation in der ersten Republik belastet. Was war Ihre Motivation, dieses Wort zu betonen?

Taus: Ich habe einfach aus einem Tagungsbericht des Kummer-Instituts zitiert, das den Begriff des „politischen Katholizismus“ untersucht hat. An der Tagung hat auch ein sozialistischer Spitzenpolitiker, der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Salcher, teilgenommen. Der deutsche Historiker Oskar Köhler hielt ein Referat „Politischer Katholizismus“, und ich habe nichts anderes getan als aus diesem Referat zitiert. Dann kam die Diskussion darüber, und das war mir gar nicht unrecht, weil etwas Interessantes herausgekommen ist: Allgemein wurde akzeptiert, daß es ein politisches Engagement der Christen geben soll. So etwas ist in dieser Deutlichkeit schon lange nicht mehr gesagt worden. Das zweite, das dabei herausgekommen ist: daß die Sozialisten in diesem Land niemandem vorschreiben sollen, welche Begriffe er verwendet. Denn wenn ich auch überzeugt bin, daß der Begriff des „politischen Katholizismus“ in Österreich auf Grund der Periode 1920–1938 vorbelastet ist, so ist doch der Begriff des Sozialismus aus jener Zeit mindestens ebenso belastet. Der „politische Katholizismus“ war doch eine Art Wechselwirkung, weil es eben einen so wilden Marxismus, den Austromarxismus, die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Linzer Programm bei uns gegeben hat.

HK: Ihr Vorgänger als ÖVP-Parteiboss, der frühere Vizekanzler Hermann Withalm, hat zu diesem Thema in seinem Buch „Aufzeichnungen“ geschrieben: „Es ist nicht möglich, die Katholiken auf bestimmte wirtschaftliche oder politische Lösungen zu verpflichten. Die Kirche hat mit allen zu reden, ob sie sich jetzt Kommunisten, Marxisten, Sozialisten oder Atheisten nennen mögen.“ Auf die Frage, ob dies das Ende des politischen Katholizismus bedeute, meinte Withalm: „Ich glaube ja.“ Wenn das stimmt, was Withalm da geschrieben hat, welche Auswirkungen hat das für die Kirche, welche für die ÖVP?

Taus: Withalm hat hier den Typ des parteipolitischen Katholizismus gemeint, und den hat unsere Partei nie vertreten. Withalm kam ja ebenfalls aus dem katholischen Lager, und wir haben die Kirche niemals in die parteipolitische Diskussion ziehen wollen. Nein, das soll man nicht, und ich möchte nichts lieber haben, als daß jede politische Partei in diesem Land geordnete Verhältnisse zu den Kirchen hat, nicht nur zur katholischen, auch zur evangelischen Kirche. Was wir aber nicht haben wollen, daß irgendwo

ein politisches Geschäft mit der Kirche gemacht wird. Die Position gegenüber der Kirche soll jeder ehrlich vertreten. Die Sozialisten hingegen tun auf der einen Seite immer sehr freundlich gegenüber der Kirche, und erst beim jüngsten SPÖ-Parteitag gab Bundeskanzler Bruno Kreisky sehr schöne Erklärungen zu diesem Thema ab, auf der anderen Seite hieß es bei dem gleichen Parteitag, das neue Strafrecht mit der Fristenlösung habe sich bewährt, und eine Teilorganisation der SPÖ, der Verband Sozialistischer Studenten, gibt Anweisungen für den Kirchenaustritt. Das sind alles Dinge, die lassen sich nicht vereinbaren. Offensichtlich gibt es da alte Traditionen wie den Satz von der Religion als Privatsache und „Religion ist Opium für das Volk“, die bei den Sozialisten nachwirken.

„Die katholische Soziallehre ist genauso in Bewegung wie andere Gesellschaftslehren“

HK: Sie haben öfter die katholische Soziallehre angesprochen. Was sind Ihrer Auffassung nach die tragenden Elemente der katholischen Soziallehre nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, die doch Revisionen mit sich gebracht haben?

Taus: Die katholische Soziallehre ist genauso in Bewegung wie andere Gesellschaftslehren. Es wäre unsinnig und unvernünftig, ja ein Unfug, im gesellschaftspolitischen Bereich unverrückbare Wahrheiten verkünden zu wollen. Allerdings gibt es einige Grundpositionen, die haben sich nicht verändert. So etwa die Erkenntnis von der Doppelnatur des Menschen, daß er sowohl eine Sozial- wie auch eine Individualnatur hat. Das ist eine sehr wesentliche Aussage. Zweitens hat sich die Eigentumslehre nicht verändert. Das Eigentum ist wichtig für die Gesellschaft, die Abschaffung des Eigentums verändert die gesellschaftlichen Strukturen total und bringt Freiheitsverluste mit sich. Neu an der katholischen Soziallehre ist der Umstand, daß das pluralistische System nun viel stärker akzeptiert wird, als es vielleicht früher der Fall war.

HK: Welchen Stellenwert messen Sie dem naturrechtlichen Aspekt bei?

Taus: Es gibt die bekannte Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem Naturrecht, das im christlichen Verständnis aus der Natur des Menschen abzuleiten ist.

HK: Hat man die Berufung auf das Naturrecht in der Vergangenheit nicht häufig überzogen?

Taus: Die Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem Naturrecht hat hier einen Fortschritt gebracht, daß also das primäre Naturrecht unverrückbar ist, während das sekundäre sich in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation verändern kann. Ich würde nicht sagen, daß man

das Naturrecht in der Argumentation überzogen hat, doch halte ich die jetzige Position für einen echten Fortschritt.

HK: Und die Frage der Subsidiarität?

Taus: Die halte ich für wichtig. Wir haben in den letzten 20, 25 Jahren einen Kult der großen Ballungsräume erlebt. Der zerbricht jetzt. Jeder sieht, daß der Mensch in großen Ballungsräumen viel weniger gut lebt als anderswo. Damit gewinnt die Subsidiarität neue Bedeutung. Es geht um die

überschaubare, kleine Gemeinschaft. Das geht bis in die Wirtschaft hinein. Einzelne große Konzerne zerschlagen bereits ihre Einheitlichkeit und versuchen, mit kleineren Einheiten besser auszukommen. Das heißt: Die kleinere Gemeinschaft soll erledigen, was sie kann, soviel sie kann, soweit wie überhaupt nur möglich. Familie, Gemeinde, Land, der föderalistische Aufbau Österreichs sind aus diesem Subsidiaritätsdenken heraus zu bejahen und zu vertreten, und diese Idee und Vorstellung hat einfach Zukunft. Damit erhält der Subsidiaritätsgedanke wegweisende Aktualität.

Dokumentation

Kirche und Arbeiterschaft

Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode

Die Vorlage „Kirche und Arbeiterschaft“ wurde auf der letzten Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik mit 216 Ja-, 29 Neinstimmen und 22 Enthaltungen zum Beschluß erhoben. Das Dokument, das in Teilen die Handschrift von Prof. Oswald von Nell-Breuning trägt, gehörte zu den am intensivsten diskutierten Vorlagen der ganzen Synode. Umstritten war vor allem Teil 1 („Ein fortwirkender Skandal“) mit seiner Wertung des geschichtlichen Verhaltens der Kirche gegenüber der Arbeiterschaft. Die Zeichen nicht integrierter Kompromisse (man vergleiche die Einleitung mit Teil 1) kennzeichnen den verabschiedeten Text, der bei aller Diskussionswürdigkeit einzelner Aussagen zweifellos zu den eindrucksvollsten kirchlichen Dokumenten zum Thema Arbeiterschaft gehört.

0. Der soziale Katholizismus und die Arbeiterfrage

0.1 Einführung

Nicht allein die religiöse, sondern die gesamte kulturelle Entwicklung unseres Landes seit der Christianisierung war von dem christlichen Leitspruch „ora et labora“, „bete und arbeite“ getragen. Als die feudale Struktur der Gesellschaft zerbrach und mit dem aufkommenden Industrialismus die Arbeiterschaft als neue, ganz von der Arbeit geprägte gesellschaftliche Großgruppe entstand, hätte man angesichts dieser engen Verbindung von Religion und Arbeit mit gutem Grund erwarten dürfen, sie werde sich mit dieser die Arbeit so hochschätzenden Kirche aufs engste verbinden und deren stärkste Säule werden. In beschränktem Maß hat sich diese Erwartung bei uns in Deutschland auch erfüllt. Während all dieser Jahrzehnte haben gläubige Arbeiter, katholische und evangelische, selbst in den schwersten Zeiten, zuletzt noch unter dem nationalsozialistischen Terror, in vorbildlicher Weise der Kirche die Treue gehalten. Ebenso haben Christen der anderen gesellschaftlichen Kreise getreu der christlichen Wertung der Arbeit im Arbeiter immer den arbeitenden Menschen und in ihm den Mitmenschen und Mitchristen gesehen und geachtet und sich um die Hebung seiner Lebenslage bemüht.

Das Wirken gerade der hervorragendsten Vertreter dieses sozialen Katholizismus war in gewissem Sinn bereits eine Vorwegnahme der vom Zweiten Vatikanischen Konzil geforderten eigenverantwortlichen Wahrnehmung von Aufgaben der Kirche im Dienst an der Welt durch die Laien.

Dank der entscheidenden Mitwirkung des sozialen Katholizismus, dem ähnliche Bestrebungen anderer, namentlich evangelisch-christlicher Kreise zur Seite gingen¹, war das Deutsche Reich auf sozialem Gebiet in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg führend und in der Welt als vorbildlich anerkannt. Es blieb auch in der Weimarer Zeit mit seinen sozialpolitischen Leistungen an der Spitze; so zählt denn auch die Bundesrepublik Deutschland zu den sozial weitest fortgeschrittenen Ländern.

0.2 Der Beitrag des sozialen Katholizismus

Bereits vor Mitte des 19. Jahrhunderts setzte im deutschen Sprachbereich eine katholische Laienbewegung ein in Gestalt des katholischen Vereinswesens. Kirchenpolitisches Thema war die Bedrängnis des Hl. Vaters durch die sich anbahnende politische Einigung Italiens, die 1870 den Papst zum „Gefangenen im Vatikan“ machte. Staatspolitische Themen konnten nach damaligem Vereinsrecht nicht behandelt werden. Um so mehr entfaltete sich das soziale Bildungswesen; damit war namentlich für die Arbeitervereine ein äußerst wichtiges Arbeitsfeld eröffnet. Als Vorstufe für die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft mußte zunächst einmal der Bildungsstand und damit das Selbstbewußtsein der Arbeiter gehoben werden. Nur so konnten aus ihr hervorgegangene Vertreter an der sozialpolitischen Gesetzgebung mitwirken. Durch diese Bildungsarbeit haben die Arbeitervereine und namentlich die in ihnen wirkenden Geistlichen (nicht allein von der Unternehmerseite als die „roten Kapläne“ oder „Hetzkapläne“ verschrien) sich hervorragende Dienste erworben. Als dann aus dem katholischen Vereinswesen die Generalversammlung zunächst der katholischen Vereine, später der deutschen Katholiken („Katholikentage“) erwuchs, nahmen in deren Verhandlungen die Angelegenheiten der Arbeiter immer einen gewichtigen Platz ein.